

Bremen, 4. Mai 2022

## Offener Brief

An die Vorsitzende der Verkehrsministerkonferenz

Frau Dr. Maike Schaefer

An die Mitglieder der Verkehrsministerkonferenz

Sehr geehrte Frau Dr. Schaefer, sehr geehrte Verkehrsminister\*innen,

anlässlich der heutigen Verkehrsministerkonferenz der Länder (VMK) möchten wir als Bündnis „ÖPNV braucht Zukunft“<sup>1</sup> unsere Forderungen für einen zukunftsfähigen ÖPNV bekräftigen.

Bei unserem gemeinsamen ÖPNV-Gipfel im Juni letzten Jahres haben Sie betont, dass ohne einen erheblichen Ausbau des ÖPNV die Klimaziele im Verkehrssektor nicht erreichbar sind. Sie haben außerdem zugesagt, dass Bund und Länder die Kommunen mit einem breiten Investitionsprogramm unterstützen, um den ÖPNV zukünftig auf solide finanzielle Füße zu stellen.

Diese Ziele teilen wir und sichern Ihnen unsere Unterstützung zu. Der Klimawandel lässt uns keine Zeit. Die klimaschädlichen Emissionen im Verkehr müssen schnellstens reduziert werden. Dazu trägt der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs wesentlich bei.

Bund und Länder haben beschlossen, im Rahmen eines Ausbau- und Modernisierungspaktes bis Herbst 2022 konkrete Vorschläge zur Finanzierung des ÖPNV-Ausbaus vorzulegen. Aus Sicht unseres Bündnisses erfordert die angestrebte Verdopplung des ÖPNV-Angebots bis 2030 einschließlich des entsprechenden Personals zehn bis zwölf

---

<sup>1</sup> Das Bündnis „ÖPNV braucht Zukunft“ wurde initiiert von: Fridays for Future Germany, ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Ökologischer Verkehrsclub VCD, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), BUNDjugend, attac, NaturFreunde Deutschlands, Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), Campact und Changing Cities e.V.

Milliarden Euro jährlich und somit insgesamt etwa 100 Milliarden Euro<sup>2</sup>. Wir erwarten, dass diese Mittel zeitnah für den ÖPNV-Ausbau bereitgestellt werden.

Dass die Ampelkoalition mit ihrem zweiten Entlastungspaket sowohl Nutzer\*innen von Bus und Bahn als auch die Gewinnung neuer Fahrgäste im Blick hat, begrüßen wir. Um eine echte Mobilitätswende einzuleiten und zu verankern, braucht es allerdings Konzepte, die allen Menschen langfristig den Zugang zu öffentlicher Mobilität sichern. Nicht nur in Städten, sondern insbesondere im ländlichen Raum, ist eine deutliche Angebotsverbesserung notwendig. Außerhalb der Großstädte fehlen heute vielerorts regelmäßige und gut vertaktete ÖPNV-Angebote. Wer bisher keine Möglichkeit hat, auf Bus und Bahn umzusteigen, dem hilft auch das 9-Euro-Ticket nicht weiter.

Als Bündnis „ÖPNV braucht Zukunft“ fordern wir daher von der Politik weitsichtigere Planungen: Nur ein deutlicher Ausbau öffentlicher Mobilitätsangebote mit zusätzlichen Linien und engeren Taktungen, einer nachhaltigen Finanzierung sowie günstigen Ticketpreisen bringen die Mobilitätswende voran. Schon heute gerät der ÖPNV im Berufsverkehr der Großstädte ebenso wie im Ausflugsverkehr am Wochenende an seine Kapazitätsgrenzen. Daran wird deutlich, wie sehr der ÖPNV-Ausbau in der Vergangenheit vernachlässigt wurde. Gerade deswegen muss jetzt in die Mobilitätswende investiert werden. Alte Anlagen in Stand setzen, neue Gleise bauen, die nötigen Fahrzeuge anschaffen, Barrierefreiheit und attraktive Arbeitsbedingungen bieten – all das kostet zusätzlich Geld.

Setzen Sie sich bitte dafür ein, dass die nötigen Finanzmittel zeitnah zur Verfügung gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Christine Behle, stellv. ver.di Vorsitzende

Antje von Broock, Bundesgeschäftsführerin BUND

Kerstin Haarmann, VCD-Bundesvorsitzende

---

<sup>2</sup>Siehe Stellungnahme ver.di bei der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur des deutschen Bundestages am 13. Januar 2021

Martin Burkert, stellv. Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)

Joachim Heier, Koordinierungskreis Attac Deutschland

Ragnild Sörensen, Pressesprecherin Changing Cities